

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 4 · 12. April 2017

Aktuelle Stunde

Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde erneut mit dem „Fall Amri“ befasst. In der kontroversen Debatte ging es auch um das von der Landesregierung in Auftrag gegebene Gutachten. S. 3

Plenum

Berichte von drei Untersuchungsausschüssen, die Debatte über das Wahlalter und die Römischen Verträge – nur drei von vielen Themen, mit denen sich das Plenum in den jüngsten Sitzungen befasste. S. 4-5

Rückblick

Die 16. Wahlperiode des nordrhein-westfälischen Landtags nähert sich ihrem Ende. Landtag Intern schaut zurück und gibt einen Überblick über die vergangenen fünf Jahre in Zahlen und Fakten. S. 8-9

Wort und Widerwort

In der Kunst der politischen Rede üben sich jedes Jahr die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend debattiert“. Das Landesfinale NRW fand Ende März wieder im Plenarsaal statt. S. 15



Alles erledigt

Am 14. Mai 2017 wird ein neuer Landtag gewählt. Was aber passiert mit Vorlagen, die bis zum Ende der Wahlperiode nicht abschließend beraten werden konnten? Ganz einfach – sie gelten als erledigt. Der Gedanke dahinter: Neu gewählte Abgeordnete sollen nicht an Entscheidungen ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger gebunden werden. „Diskontinuität“ lautet der Fachbegriff dafür. Die entsprechenden Vorlagen, Gesetzentwürfe zum Beispiel, müssten also neu eingebracht werden.

Rückblick in Zahlen

Dass etwas übrig bleibt, kommt immer wieder mal vor. In der 14. Wahlperiode waren es zwei Gesetzentwürfe, in der 13. vier. In der letzten regulären Plenarwoche standen noch einmal zahlreiche Gesetzentwürfe in zweiter und dritter Lesung auf den Tagesordnungen. Drei Lesungen sind bei Haushaltsgesetzen und Änderungen der Verfassung vorgeschrieben. Wie viele Gesetze in der 16. Wahlperiode beschlossen wurden, wie viele

Drucksachen zusammenkamen, wie viele Sachverständige zu Anhörungen eingeladen wurden – dies und vieles mehr lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

Im Plenum wurde jedoch nicht nur über Gesetze debattiert. In einer Aktuellen Stunde ging es erneut um den „Fall Amri“.

Die Regionenreise des Landtagspräsidiums führte im März in den Kreis Soest. Das Präsidium ist regelmäßig in Nordrhein-Westfalen unterwegs, um sich vor Ort über aktuelle Themen und Entwicklungen zu informieren. Stationen waren diesmal u. a. das Historische Rathaus in Lippstadt, die Warsteiner Brauerei und die Justizvollzugsanstalt Werl, in der auch sicherungsverwahrte Gefangene untergebracht sind. Mehr dazu auf den Seiten 12 und 13.

Diese Ausgabe von Landtag Intern, liebe Leserinnen und Leser, ist die letzte der 16. Wahlperiode. Die 17. beginnt mit der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags. Sie ist für 1. Juni 2017 vorgesehen. Zuvor aber wird gewählt. Warum jede und jeder Wahlberechtigte ihr bzw. sein Stimmrecht nutzen sollte, lesen Sie auf Seite 7. zab



Titelthema:

Wahlaufruf 7

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam),
Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211)
884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD),
Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Torsten Sommer (PIRATEN),
Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE),
Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).
Redaktionsschluss: Freitag, 7. April 2017, 16 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Aktuelle Stunde zum „Fall Amri“ 3

Meldungen 4-5

Gesetzgebung 6

Forum

Die 16. Wahlperiode in Zahlen 8-9

Aus den Fraktionen 10-11

Forum

Unterwegs im Nordosten Südwestfalens 12-13

Ausschüsse

Meldungen 14

Forum

Porträt: Ingola Stefanie Schmitz 15

Nacht der Museen lockt in den Landtag 16

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Aktuelle Stunde zum „Fall Amri“

Kontroverse Debatte im Plenum

5. April 2016 – Der Landtag hat sich in einer Aktuellen Stunde erneut mit dem „Fall Amri“ befasst. Anlass war ein Antrag der CDU-Fraktion, die „ganz erhebliche Zweifel am Aufklärungswillen der Landesregierung“ äußerte. Diese wies die Vorwürfe zurück und sprach von „politischer Inszenierung“.

Im Antrag der CDU-Fraktion („Aufklärung muss Chefsache sein – Landesregierung muss im Fall Amri drängende Fragen beantworten“, [Drs. 16/14749](#)) ging es u. a. um den von der Landesregierung beauftragten Gutachter.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) habe zugesagt, der Gutachter werde unabhängig

Fraktion. „Es zwingt Sie niemand, sich seine Schlussfolgerungen zu eigen zu machen“, sagte er. Anstatt sich aber sachlich mit dem Gutachten auseinanderzusetzen, unterstelle die CDU einem anerkannten Wissenschaftler Gefälligkeit, kritisierte er. Das treffe die gesamte Wissenschaftslandschaft.

schlimmste islamistische Anschlag, den es in Deutschland gegeben habe. Deswegen forderte er, mit größter Sorgfalt mit diesem Thema umzugehen. In der Debatte sei der Eindruck entstanden, es gehe um Wahlkampfgezerre und nicht um Aufklärung. Im Untersuchungsausschuss gebe es noch viel zu tun.



Fotos: Schälte

Armin Laschet (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Dr. Joachim Stamp (FDP)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Simone Brand (PIRATEN)

Franz-Josef Lersch-Mense (SPD), Chef der Staatskanzlei

sein, autark arbeiten und Zugang zu allen Akten haben, erinnerte CDU-Fraktionschef [Armin Laschet](#). Es sei aber anders gekommen: Angesichts der Tatsache, dass der Gutachter sich in einem Berufungsverfahren für eine Professur an einer NRW-Universität befinde, fragte Laschet die Landesregierung: „Ist das die Unabhängigkeit, die Sie meinen?“ Auch hätten ihm zentrale Dokumente nicht vorgelegen.

Das Berufungsverfahren sei eine abschließliche Angelegenheit der Hochschule ohne Beteiligung der Landesregierung, entgegnete [Norbert Römer](#), Vorsitzender der SPD-

[Dr. Joachim Stamp](#) (FDP) forderte den Rücktritt von Innenminister Ralf Jäger (SPD). Dabei gehe es nicht um Fehler, die im Fall Amri gemacht worden seien. Aber wer von vornherein Fehler im eigenen Verantwortungsbereich verneine, der könne auch keine Fehler analysieren, sagte Stamp. Er kritisierte Jägers Aussage, die Behörden seien im Fall Amri bis an die Grenzen des Rechtsstaats gegangen. Man habe nicht einmal versucht, die Gesetze anzuwenden.

Der Fraktionschef der GRÜNEN, [Mehrdad Mostofizadeh](#), erinnerte an den Anschlag in Berlin: „Wir reden über einen Vorgang, bei dem 12 Menschen zu Tode gekommen sind.“ Es sei der

[Simone Brand](#) (PIRATEN) kritisierte Innenminister Ralf Jäger. Statt Fehler einzugestehen und sich zu entschuldigen, befinde er sich im „Verteidigungsmodus“ und weise jegliche Schuld von sich. Niemand traue ihm noch zu, in Nordrhein-Westfalen für Sicherheit zu sorgen. Dass die Landesregierung im Fall Amri eigener Aussage zufolge bis an die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit gegangen sei, stimme nach derzeitiger Kenntnislage nicht.

„Zugang zu Akten“

[Dietmar Schulz](#) (fraktionslos) sah das ebenso. Er forderte den Rücktritt oder die Entlassung des Innenministers.

Der CDU-Fraktion gehe es nicht um Sachaufklärung, sondern um „politische Inszenierung und Skandalisierung“, sagte Minister [Franz-Josef Lersch-Mense](#) (SPD), Chef der Staatskanzlei. Der von der Landesregierung beauftragte Gutachter habe uneingeschränkten Zugang zu allen Akten und Dokumenten gehabt, „die dem Zugriff der Landesregierung unterfielen“. Der Generalbundesanwalt jedoch habe Einsicht in die von ihm geführten Verfahren abgelehnt.

sow, sam, zab

Zwischenbericht

7.4.2017 – Das Plenum hat am Freitag, 7. April 2017, den Zwischenbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses V (Fall Amri, [Drs. 16/14550](#)) debattiert. Die konstituierende Sitzung des Ausschusses fand am 17. Februar 2017 statt. Bis zur Vorlage des Zwischenberichts hatte der Ausschuss elfmal getagt. Er soll laut Einsetzungsbeschluss mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung und weiterer Behörden beim Umgang

mit dem Islamisten Anis Amri, seinem Umfeld und möglichen Unterstützern untersuchen. Der aus Tunesien stammende und in NRW gemeldete abgelehnte Asylbewerber Amri war am 19. Dezember 2016 mit einem Lkw in eine Menschenmenge auf einem Berliner Weihnachtsmarkt gerast. 12 Menschen wurden getötet, mehr als 50 zum Teil lebensgefährlich verletzt. Amri wurde am 23. Dezember 2016 auf der Flucht in Italien von einem Polizisten erschossen.



Silvesternacht 2015

5.4.2017 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV (Silvesternacht 2015) hat im Plenum seinen Schlussbericht ([Drs. 16/14450](#)) vorgelegt. Der Ausschuss hatte den Auftrag, sich ein Gesamtbild über die Geschehnisse im und vor dem Kölner Hauptbahnhof zu verschaffen. In der Nacht zum 1. Januar 2016 wurden dort zahlreiche Sexual-, Raub- und Diebstahlsdelikte begangen. Opfer waren nahezu ausschließlich Frauen, tatverdächtig Männer mutmaßlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. Der Untersuchungsausschuss sollte u. a. klären, „ob es Fehler und Versäumnisse von Landesbehörden, insbesondere der Polizei, auch im Zusammenwirken mit der Bundespolizei gegeben hat“. In 61 öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungsteilen wurden insgesamt 174 Zeugenvernehmungen durchgeführt. Der Ausschuss befasste sich zudem mit mehr als 1.000 Akten. Der Abschlussbericht umfasst über 1.300 Seiten.

„Tihange abschalten“

5.4.2017 – Der Landtag hat sich erneut mit den Atomreaktoren Doel und Tihange in Belgien befasst. Anlass war ein Eilantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN („Tihange abschalten – Brennelementlieferungen stoppen“, [Drs. 16/14750](#)). Obwohl seit Jahren bekannt sei, „dass in den belgischen Reaktoren Doel 3 und Tihange 2 zahlreiche Risse im Material der Reaktordruckbehälter gefunden wurden“, seien zwischen Juni 2016 und März 2017 Brennelemente aus dem niedersächsischen Lingen nach Belgien geliefert worden. Dies sei „besonders für die besorgten Menschen in der Grenzregion zu Belgien, aber auch darüber hinaus unverständlich“. Im Eilantrag hieß es u. a., dass der Landtag seinen Beschluss „Tihange abschalten“ vom 1. Dezember 2016 bekräftige und den Beschluss der Landesregierung begrüße, „auch der zweiten Klage der Städteregion Aachen gegen die Verlängerung der Betriebsgenehmigung für den Atomreaktor Tihange beizutreten“. Die

Landesregierung solle sich auf Bundesebene dafür einsetzen, „dass weiterhin alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um Brennelementelieferungen nach Belgien zukünftig zu verhindern“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der anderen Fraktionen angenommen. Entschließungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP ([Drs. 16/14777](#)) sowie der PIRATEN ([Drs. 16/14776](#)) wurden abgelehnt. In beiden Anträgen wurde u. a. darauf hingewiesen, dass Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) die Lieferungen nach Tihange genehmigt habe.

60 Jahre Römische Verträge

5.4.2017 – Vor 60 Jahren wurden die Römischen Verträge unterzeichnet – sie gelten als Basis der Europäischen Union. Der Landtag hat sich in einer Debatte mit dem Thema befasst. Grundlagen waren Anträge der Fraktionen von CDU („60 Jahre Römische Verträge – Nordrhein-Westfalen würdigt und feiert die Grundsteinlegung für die Europäische Union“, [Drs. 16/14652](#)) sowie der Fraktionen von SPD und GRÜNEN („Die europäische Wertegemeinschaft erhalten, um sie zu verbessern“, [Drs. 16/14663](#)). Das Jubiläum sei ein „Anlass zur Freude – gerade in einer Zeit, in der Europa große Herausforderungen zu meistern hat“, hieß es im CDU-Antrag. Die Römischen Verträge hätten den „Aufakt zur längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte“ gebildet. Man blicke „mit Stolz zurück und voller Hoffnung in die Zukunft“. Europa stehe vor einer „Vielzahl an Herausforderungen“, so die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Mitgliedstaaten benötigten nun „die Kraft, den Mut und die Bereitschaft, für die EU gemeinsame, langfristige Lösungen und Strategien zu entwickeln, um auch die Menschen von einem gemeinsamen Europa zu überzeugen“. In NRW sollten dabei die Kommunen stärker in den Blick genommen werden. Der Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN wurde mehrheitlich angenommen, der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt. Ebenfalls

abgelehnt wurden Entschließungsanträge der PIRATEN ([Drs. 16/14758](#)) und der FDP ([Drs. 16/14762](#)).

Jugendstrafvollzug

5.4.2017 – Der Landtag hat Änderungen im Jugendstrafvollzug und bei den Vollzugsgesetzen beschlossen. Ein Schwerpunkt sei die Einbeziehung des Opferschutzes, „der als integrativer Bestandteil der Förderung und Erziehung der Gefangenen verstanden wird“, so die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf ([Drs. 16/13470](#)). Vorgesehen ist zudem eine „bessere Prävention von Radikalisierung und extremistischen Gefahren in den Justizvollzugsanstalten“. Für die vom Rechtsausschuss geänderte Fassung ([Drs. 16/14629](#)) stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Fraktionen von FDP und PIRATEN waren dagegen, die CDU enthielt sich. Ein Änderungsantrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/14778](#)) wurde abgelehnt.

Wirtschaftspolitik in NRW

6.4.2017 – Der Landtag hat kontrovers über die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen debattiert. Grundlage der Aussprache war eine Unterrichtung der Landesregierung.

Die Wirtschaft sei in guter Verfassung, sagte Minister [Garrelt Duin](#) (SPD): „Mit über 9 Millionen Erwerbstätigen und 7 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stehen heute so viele Menschen in Lohn und Brot, wie niemals zuvor in der Geschichte dieses Landes.“ [Hendrik Wüst](#) (CDU) bezeichnete die Wirtschaftspolitik dagegen als „ambitionslos, ideenlos, mutlos und deshalb am Ende auch erfolglos“. Sie brauche einen Neuanfang. Die Arbeitslosigkeit in NRW sei so gering wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, entgegnete SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#). Fast ausnahmslos stünden die Zeichen im Land auf Wachstum. [Dietmar Brockes](#) (FDP) warf der Landesregierung „wirtschaftspolitisches Versagen“ vor und kritisierte zu viel Bürokratie. Er forderte u. a. eine Modernisierung des Bildungssystems, Bürokratie



tieabbau und Investitionen in die Infrastruktur. **Reiner Priggen** (GRÜNE) sagte, die Wirtschaft in NRW befinde sich in einem energetischen und digitalen Wandel. Die Kernfrage sei, wie sich NRW für die Zukunftsmärkte aufstelle, sagte Priggen. **Dr. Joachim Paul** (PIRATEN) kritisierte wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen und forderte Investitionen in die „digitale technologische Revolution“. Der Breitbandausbau solle eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge werden.

Individualverfassungsklage

6.4.2017 – Die FDP-Fraktion möchte Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, als Einzelperson vor dem Verfassungsgerichtshof NRW zu klagen. Behandelt werden dort Verstöße gegen die Landesverfassung. So seien auf Bundesebene Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht möglich und entsprechend in 11 von 16 Bundesländern, heißt es im Antrag der FDP. Die Einführung einer Individualverfassungsklage sei überfällig. Sie eröffne „auch dem in seinen rechtlichen Erwartungen von der Staatsgewalt bislang Enttäuschten eine Identifikationsmöglichkeit mit dem Gemeinwesen, das ihm als letzten Ausweg den Gang vor das Verfassungsgericht ermöglicht“, argumentiert die Fraktion. Im Plenum debattierten die Abgeordneten über den Gesetzentwurf der Fraktion ([Drs. 16/13113](#)), der allerdings keine Mehrheit fand. Die Fraktionen von FDP und PIRATEN stimmte für ihn, die Fraktionen von SPD und GRÜNEN dagegen, die CDU-Fraktion enthielt sich.

Untersuchungsausschuss NSU

6.4.2017 – Der Landtag hat den Schlussbericht ([Drs. 16/14400](#)) des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses III (NSU) beraten. Der Ausschuss hatte u. a. den Auftrag, im Zusammenhang mit den Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ mögliches Fehlverhalten nordrhein-westfälischer Behörden zu untersuchen, darunter der Sicherheits- und Justizbehörden, der Ministerien und der Staats-

kanzlei. Dabei ging es u. a. um zwei Sprengstoffanschläge in Köln 2001 und 2004 sowie den Mord an einem Kioskbesitzer in Dortmund 2006. In 42 öffentlichen und nicht-öffentlichen Sitzungen wurden insgesamt 75 Zeuginnen und Zeugen vernommen. Der Ausschuss nahm die Tatorte in Köln und Dortmund in Augenschein und wertete 4.815 Aktenstücke aus. Der Abschlussbericht umfasst 1.150 Seiten.

Debatte über Wahlalter

6.4.2017 – Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN hatten einen gemeinsamen Gesetzentwurf ([Drs. 16/13313](#)) zur Änderung der nordrhein-westfälischen Verfassung ins Plenum eingebracht. Sie wollten die Festlegung des Mindestwahlalters bei Landtagswahlen auf 18 Jahre streichen. Die bei Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde jedoch nicht erreicht. In namentlicher Abstimmung stimmten 135 Abgeordnete für und 71 Abgeordnete gegen den Gesetzentwurf.

Thema Klimaschutz

7.4.2017 – Die Landesregierung hat den Landtag über die Weltklimakonferenz 2017 informiert. Sie kommt im November in Bonn zusammen. Es folgte eine kontroverse Debatte über Klimapolitik. Umweltminister **Johannes Remmel** (GRÜNE) bezeichnete Bonn als „Welthauptstadt des Klimas“. NRW könne dort zeigen, was regionale Anstrengungen im Klimaschutz bedeuteten. **Josef Hovenjürgen** (CDU) kritisierte das NRW-Klimaschutzgesetz und den NRW-Klimaschutzplan der Landesregierung. **Norbert Meesters** (SPD) sagte: „Mit der Marke ‚Klimaschutz in NRW‘ setzen wir als Sozialdemokraten in NRW fort, was Willi Brandt seinerzeit mit dem ‚Blauen Himmel über der Ruhr‘ begonnen hat.“ **Henning Höne** (FDP) warnte davor, den Klimakonsens von Paris durch immer neue, noch ambitioniertere Ziele zu gefährden. Die Wirtschaft sei Teil der Lösung, nicht Teil des Problems. NRW habe gezeigt, dass es mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzplan seiner Verantwortung ge-

recht werden wolle, sagte **Wibke Brems** (GRÜNE). Erforderlich seien eine „Verkehrswende“ und ein „Braunkohleausstiegsgesetz“, sagte **Hanns-Jörg Rohwedder** (PIRATEN).

Mehr als 19.000 Petitionen

7.4.2017 – Der Petitionsausschuss hat seinen Abschlussbericht zur 16. Wahlperiode vorgelegt. In den vergangenen fünf Jahren hat er sich in 74 Ausschusssitzungen mit über 19.000 Petitionen befasst. Dies beinhaltete für die 25 Mitglieder des Ausschusses, gemeinsam mehr als 300.000 Dokumente in Petitionsakten zu lesen und sich gegebenenfalls vor Ort selbst ein Bild von den Sorgen und Nöten der Menschen zu verschaffen. Dieses Verfahren, die Beteiligten vor Ort anzuhören, möglichst an einem Runden Tisch, wurde durch einen eigenen Artikel in der Landesverfassung (Artikel 41a) verankert und hat auch in schwierigen Ausgangssituationen eine gute Erfolgsaussicht. In mehr als 2.100 Fällen kam es in dieser Wahlperiode zum Einsatz. Entscheidungen trifft der Petitionsausschuss des Landtags NRW immer einstimmig und überparteilich. Seine Sitzungen sind nicht-öffentlich, so werden die sensiblen Anliegen der Menschen geschützt. Mit 20 Prozent stammten die meisten Eingaben nach wie vor aus dem Sozialrecht. Weitere thematische Schwerpunkte waren Schule, der Komplex „Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt“ sowie das Ausländerrecht und Eingaben zu Justiz und Strafvollzug. Die Abgeordneten widmeten sich einem breit gefächerten Themenspektrum an Anliegen und Fragestellungen: von der Zulässigkeit eines Treppenlifts im Mehrfamilienhaus bis hin zum störenden Gewerbebetrieb am Stadtrand, vom fehlenden Kinderbetreuungsplatz bis hin zur Umschulung wegen Berufsunfähigkeit. Übrigens: Jede einzelne Eingabe wird geprüft. Eine Unterschriftensammlung ist für eine Petition an den Landtag nicht erforderlich. Petitionen unterliegen auch nicht der Diskontinuität, d. h. sie behalten Gültigkeit und Relevanz über das Ende einer Legislaturperiode hinaus, bis sie abgeschlossen sind.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zu dem Fünften Änderungsvertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe – Körperschaft des öffentlichen Rechts –, der Syna-gogen-Gemeinschaft Köln – Körperschaft des öffentlichen Rechts – und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen e.V. | [Drs. 16/14614](#) | Landesregierung | 1. und 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2017/2018 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/14615](#) | Landesregierung | 1. und 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Zehntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze | [Drs. 16/14330](#) und [16/14695](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landes-Hafenent-sorgungsgesetzes | [Drs. 16/13794](#) und [16/14677](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften | [Drs. 16/13702](#) und [16/14676](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung des Vollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13470](#) und [16/14629](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 5. April 2017 | angenommen

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs. 16/3948](#) und [16/14512](#) | PIRATEN | 2. Lesung am 5. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Einheitliche Quoren von 20 % in der Landesverfassung im sogenannten „parlamentarischen Betrieb“ | [Drs. 16/14380](#) und [16/14685](#) | PIRATEN | 2. Lesung am 6. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – Zweites Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren | [Drs. 16/14006](#) und [16/14684](#) | PIRATEN | 2. Lesung am 6. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Absenkung des Eingangsquorums des Artikel 68 Landesverfassung NW | [Drs. 16/14002](#) und [16/14683](#) | PIRATEN | zurückgezogen

Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13113](#) und [16/14681](#) | FDP | 2. Lesung am 6. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) | [Drs. 16/13313](#) und [16/14679](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | 2. und 3. Lesung am 6. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/13312](#) und [16/14682](#) | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 6. April 2017 | angenommen

Viertes Gesetz zur Änderung der Landshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht | [Drs. 16/13315](#) und [16/14686](#) | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 6. April 2017 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13532](#) und [16/14690](#) | CDU | 2. Lesung am 5. April 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Harmonisierung und Stärkung des Informationsfreiheitsrechts und Zugang zu maschinenlesbaren Daten (OpenData-Gesetz) | [Drs. 16/14379](#) und [16/14692](#) | PIRATEN | 2. Lesung am 7. April 2017 | Abstimmung nach Redaktionsschluss

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des freien Mandats und der Abgeordnetengleichheit | [Drs. 16/14165](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

am 14. Mai 2017 sind Sie aufgerufen, einen neuen nordrhein-westfälischen Landtag zu wählen – die Volksvertretung unseres Bundeslandes.

Sie haben zwei Stimmen: Mit Ihrer Erststimme entscheiden Sie mit darüber, welche Kandidatin oder welcher Kandidat Ihren heimatlichen Wahlkreis mit einem Direktmandat vertritt. Sie machen mit Ihrer Zweitstimme deutlich, welche Partei Sie auf jeden Fall im Landtag sehen wollen.

Sie entscheiden, welchen Weg unser Bundesland in den kommenden fünf Jahren einschlägt. Denn die Landespolitik hat ureigene Kompetenzen und wichtige Aufgaben. Die Abgeordneten im Landtag beraten und gestalten Entwicklungen, die das alltägliche Leben jeder Nordrhein-Westfälin und jedes Nordrhein-Westfalen betreffen: Kinderbetreuung und Schulen, Innere Sicherheit, Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden, Straßenbau und Hochschulwesen, Umweltschutz, Verbraucherschutz und Industriepolitik, Kultur, sozialer Zusammenhalt und vieles mehr.

Im vergangenen Jahr haben wir 70 Jahre Land und Landtag NRW gefeiert. Wir haben uns daran erinnert, wie uns die Briten nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und sechs Jahren Weltkrieg mit Millionen von Toten einen demokratischen Neuanfang schenkten. Unsere Demokratie war die Grundlage für sieben Jahrzehnte Frieden und Freiheit. Gerade die derzeitigen Entwicklungen in der Welt machen aber deutlich: Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss verteidigt werden.

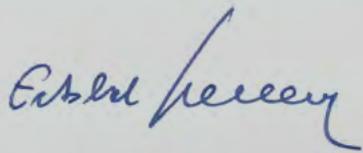
Machen Sie daher von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Stärken Sie die Demokratie. Lassen Sie nicht zu, dass andere für Sie entscheiden. Entscheiden Sie selbst. Für Ihre Zukunft, für die Zukunft Ihrer Kinder und für unser Bundesland. Dazu haben Sie am Wahltag, Sonntag, 14. Mai 2017, von 8 bis 18 Uhr im Wahllokal Gelegenheit – und mit der Möglichkeit zur Briefwahl auch schon vorab.

Jede Stimme zählt! Ihre Stimme zählt! Wir danken Ihnen für Ihre Mitwirkung.

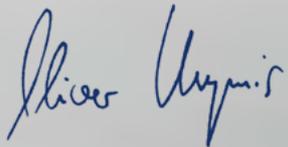
Foto: Schälte



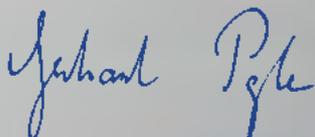
Carina Gödecke (SPD)
Präsidentin des Landtags
von Nordrhein-Westfalen



Eckhard Uhlenberg (CDU, r.),
1. Vizepräsident



Oliver Keymis (Bündnis 90/Grüne,
2. v. l.), 2. Vizepräsident



Dr. Gerhard Papke (FDP, l.),
3. Vizepräsident



Die 16. Wahlperiode

Die 16. Wahlperiode ist schon bald Geschichte. Wie viele Gesetze wurden von 2012 bis 2017 verabschiedet? Wie oft kam das Plenum zusammen? Wie viele Drucksachen wurden veröffentlicht? Antworten auf diese und andere Fragen gibt ein Rückblick in Zahlen. Zum Vergleich werden in einigen Fällen Daten aus der 14. Wahlperiode (2005 – 2010) genannt. Die 15. Wahlperiode bot sich dafür nicht an: Sie dauerte wegen der Auflösung des Landtags nur zwei Jahre.

237

Dem Landtag gehörten in der 16. Wahlperiode 237 Abgeordnete an – allerdings nicht in stets gleicher Besetzung. Die Statistik nennt 15 Veränderungen. Abgeordnete schieden z. B. aus, weil sie nach den Kommunalwahlen Ämter in Rathäusern übernahmen. In der 16. Wahlperiode war das fünf Mal der Fall.

143

143 Plenarsitzungen kamen zusammen (14. WP: 149).

29,5

Zu Beginn der Wahlperiode waren 29,5 Prozent der Abgeordneten weiblich. Bedingt durch personelle Veränderungen stieg der Frauenanteil zum Ende der Wahlperiode auf 30,4 Prozent.

14.719

14.719 Drucksachen wurden verteilt (Stand 31.3.2017; 14. WP: 11.176).

2.246

2.246 Einladungen zu Ausschuss- und Kommissions-sitzungen (Stand: 7.4.2017) nennt die Statistik (14. WP: 1.904).

in Zahlen

244

In der 16. Wahlperiode wurden 244 Gesetze verabschiedet. Zum Vergleich: In der 14. Wahlperiode waren es 207. Insgesamt 290 Gesetzentwürfe wurden eingebracht (14. WP: 244).

4

4 Abgeordnete haben ihre ursprüngliche Fraktion verlassen – 3 wurden fraktionslos, einer schloss sich einer anderen Fraktion an.

24

24 Fach- und Unterausschüsse wurden eingesetzt – nicht eingerechnet sind Ältestenrat, Parlamentarisches Kontrollgremium und Ständiger Ausschuss. Hinzu kommen 2 Sondergremien: Verfassungskommission und Arbeitsgruppe „Kommunales Ehrenamt“.

25 und 67

Der jüngste Abgeordnete war zu Beginn der Wahlperiode 25 Jahre, die älteste Abgeordnete 67 alt.

4.667

Zu Sachverständigen-Anhörungen sind in der 16. Wahlperiode 4.667 Stellungnahmen eingegangen. In der 15. Wahlperiode waren es 3.301.

14 und 17

Die häufigsten Glückwünsche sprach Landtagspräsidentin Carina Gödecke am 14. und 17. März aus – an diesen Tagen haben jeweils 4 Abgeordnete Geburtstag. Am Rande notiert: Die 237 Abgeordneten haben an nur 168 verschiedenen Tagen Geburtstag.

5

5 Parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden eingesetzt (BLB, WestLB, NSU, Silvesternacht 2015, Fall Amri). In der 14. Wahlperiode waren es 2.

15

Köln ist die Stadt mit den meisten Abgeordneten (15). Es folgen Düsseldorf (11), Dortmund (9) sowie Bochum, Münster und Aachen (jeweils 6).

6

6 Enquetekommissionen befassten sich mit umfangreichen und bedeutsamen Sachkomplexen (Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten, Zukunft der chemischen Industrie, Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte, Finanzierungsoptionen des Öffentlichen Personenverkehrs, Zukunft der Familienpolitik, Zukunft von Handwerk und Mittelstand). Die Abschlussberichte kommen zusammen auf 2.237 Seiten. In der 14. WP gab es 3 Enquetekommissionen.

*Zusammengestellt von Sibylle Köhling,
Marion Konradt und Michael Zabka*

Foto: Schälte

AUS DEN FRAKTIONEN

Wahlalter 16: SPD lässt nicht locker

Die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen beziehungsweise die Streichung des Wahlalters aus der Landesverfassung waren bis zum Schluss in der Verfassungskommission umstritten. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen haben sich von Beginn an in der Verfassungskommission für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt.



Hans-Willi Körfges (SPD)

Hierfür gab es im Rahmen der Beratungen der Verfassungskommission eine breite gesellschaftliche Unterstützung, unter anderem von der Naturschutzjugend NRW, dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend Nordrhein-Westfalen bis hin zur Bertelsmann Stiftung.

Die Lebenssituation junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Die Jugendlichen übernehmen bereits früh Verantwortung für ihre Schullaufbahn und ihre berufliche Qualifikation. Jugendliche dürfen bereits mit 16 Jahren an Kommunalwahlen teilnehmen. Es gibt also keinen triftigen Grund, dies für Landtagswahlen zu verwehren. Verfassungsrechtliche Bedenken

wurden schon im Rahmen der Anhörung in der Verfassungskommission ausgeräumt.

„Mit den Stimmen der SPD, der Grünen, Piraten sowie der FDP hätten wir eine verfassungsändernde Mehrheit ohne die CDU durchsetzen können, aber so ist es leider nicht gekom-

men. Trotz der eindeutigen Bekundungen der FDP in der Frage, konnte sie sich nicht dazu durchringen, das Richtige für die Jugendlichen in NRW zu entscheiden. Das ist einmal mehr eine verpasste Chance. Wir lassen aber nicht locker, nehmen die Empfehlungen der Jugendverbände ernst und kämpfen weiter für verbesserte Teilhabechancen“, sagt Hans-Willi Körfges, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW. ■



Untersuchungsausschuss hat Aufklärungsarbeit geleistet, die Kraft und Jäger verweigerten

Die Silvesternacht 2015 hat Deutschland verändert. Die Übergriffe der Silvesternacht haben das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Gefah-

renabwehr massiv erschüttert. Dieses Vertrauen konnte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ mit seiner einjährigen Ausschussarbeit ein Stück zurückgewinnen. Mit der Unterstützung der Landesregierung wäre dies jedoch noch besser gelungen. Die von Ministerpräsidentin Kraft und NRW-Innenminister Jäger viel zitierte offene Fehlerkultur gab es in keiner Sekunde. Der Ausschuss musste unter anderem selbst über 1.200 Notrufe aufarbeiten, um den Opfern eine Stimme zu geben. Frau Kraft hat mit ihrer Verweigerungshaltung den Opfern diese Stimme verweigert.

Das unruhliche Spiel des Täuschens und Tricksens fand seinen

Höhepunkt im Streichen und Schönen von Textpassagen im Schlussbericht. Die Strategie Jäger machten sich Rot-Grün zu eigen. Sämtliche Kritik, die sich gegen das NRW-Innenministerium und Innenminister Jäger richtete, wurde aus dem Bericht entfernt. „Dass man die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt, wollten und konnten wir nicht hinnehmen. Aus diesem Grund haben wir zusammen mit der FDP ein Sondervotum abgegeben“, sagte Ina Scharrenbach, Obfrau der CDU-Landtagsfraktion im Untersuchungsausschuss bei der Abschlussdebatte im Landtag. ■



Ina Scharrenbach während der Debatte zum Schlussbericht über die Silvesternacht 2015.



Grüne Fraktionsvorsitzende fordern Kohleausstieg und keine Abschiebungen nach Afghanistan

Raus aus der Kohle! Keine Abschiebungen nach Afghanistan! – das haben die Grünen Fraktionsvorsitzenden bei ihrer Konferenz in NRW gefordert. Zu ihrem traditionellen Treffen kamen die Vorsitzenden der Grünen Fraktionen in Bund, Ländern und dem EU-Parlament dieses Mal in Essen auf dem Weltkulturerbe Zeche Zollverein und im Düsseldorfer Landtag zusammen.



Gemeinsam sprachen sie sich in einem Beschluss für einen Kohlekonsens und einen Kohleausstieg in den nächsten zwei Jahrzehnten aus. „Ohne eine grundlegende Neuausrichtung der Energieversorgung sind unsere Klimaziele nicht zu erreichen. Wir brauchen jetzt einen Fahrplan für den Ausstieg“, erklärte der NRW-Fraktionsvorsitzende Mehrdad Mostofizadeh. Die 20 dreckigsten Kohlekraftwerksblöcke in Deutschland müssten so schnell wie möglich abgeschaltet werden. „Wir wollen den Strukturwandel sozialverträglich und rechtssicher gestalten. Wer den Ausstieg hingegen verschleppt, riskiert Brüche und verhindert die Entstehung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze.“

In einem weiteren Beschluss forderten die Fraktionsvorsitzenden den Bundesaußenminis-

ter auf, das Rückführungsabkommen mit der Islamischen Republik Afghanistan auszusetzen. Parallel zu den Beratungen veröffentlichte die Organisation „Save the Children“ erschütternde Zahlen: 923 Kinder seien 2016 bei den zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen in Afghanistan ums Leben gekommen. „Die Sicherheitslage in Afghanistan ist laut UNHCR-Bericht in höchstem Maße prekär. Abschiebungen sind in dieser Situation nicht zu verantworten“, erklärte Mehrdad Mostofizadeh stellvertretend für seine Amtskolleginnen und -kollegen.

Weitere Informationen zur Fraktionsvorsitzendenkonferenz sind hier zu finden: gruene.fr/sg



FDP-Fraktion: Mehr Wohneigentum ermöglichen

Besonders junge Familien mit mittlerem und geringerem Einkommen haben es immer schwerer, Wohneigentum zu bilden, um in die eigenen vier Wände zu ziehen. Denn die rot-grüne Landesregierung hat die Grunderwerbsteuer massiv erhöht: von 3,5 Prozent auf 6,5 Prozent. Seit dem Jahr 1990 ist bundesweit die Eigentumsquote der schwächsten Einkommensgruppe von 25 Prozent auf nur noch 17 Prozent im Jahr 2014 gesunken. Die FDP möchte Eigentum ermöglichen, denn Eigentum ist Ausdruck individueller Freiheit und Eigenverantwortung.

Bei einem Werkstattgespräch hat die FDP-Fraktion mit Experten und Bürgern über notwendige Reformen debattiert. „Möglichst jeder soll sich den Wunsch nach Wohneigentum erfüllen können“, erklärt der baupolitische



Sprecher der Fraktion Holger Ellerbrock. Mit wissenschaftlicher Unterstützung durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat die FDP-Fraktion einen Vorschlag für einen Grunderwerbsteuerfreibetrag entwickelt, um die Wohneigentumsquote wieder zu steigern.

Tobias Hentze, Senior Economist am IW, erläuterte: „Die Grunderwerbsteuer ist die einzige Steuer, deren Höhe die Bundesländer selbst bestimmen können. Sie hat deshalb eine

beispiellose Karriere hingelegt. Sie wurde in Nordrhein-Westfalen nahezu verdoppelt und das Steueraufkommen für das Land hat sich gegenüber dem Jahr 2010 fast verdreifacht.“ Die FDP-Fraktion schlägt einen Grunderwerbsteuerfreibetrag beim Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie vor, um wieder mehr Wohneigentum zu ermöglichen. Holger Ellerbrock sprach sich zudem dafür aus, dass zudem das Bauen in Nordrhein-Westfalen grundsätzlich wieder einfacher werden muss. „Denn davon profitieren Eigentümer wie Mieter gleichermaßen.“



Fußballfans sind keine Kriminellen: Informationspflicht kommt



Daniel Düngel (PIRATEN)

Wer bei einem Fußballspiel nur zuschaut, kann unter Umständen – ohne etwas getan zu haben – ganz schnell aktenkundig bei der Polizei werden und steht plötzlich als Krimineller da. Möglich machen das die Regeln der sogenannten Datei „Szenekundige Beamte“ – kurz: SKB-Datei.

Die Piraten fordern seit langem ein Ende dieser grundrechtsverletzenden Praxis. Um aber etwas konstruktiv verändern zu können, gingen sie moderat vor und forderten, dass die Betroffenen über die Speicherung ihrer Daten informiert werden sollen. „Nur wer informiert ist, kann sich auch wehren“, sagt Pirat Daniel Düngel, der im Landtag NRW für die Interessen von Fußballfans kämpft.

Nach der Anhörung von Experten im Sportausschuss des Landtages NRW am 14. März 2017, die die Position der PIRATEN mehrheit-

lich unterstützten, sind die regierungstragenden Fraktionen nun dazu gezwungen, der Forderung der PIRATEN im Sinne des Datenschutzes nachzugeben. Mit einem gemeinsamen Entschließungsantrag wird endlich die Informationspflicht eingeführt. „Wir sind zwar immer noch der Meinung, dass diese geheime Datensammlung grundsätzlich gelöscht werden muss. Aber mit einer Informationspflicht werden die Rechte der Fußballfans deutlich gestärkt“, sagt Düngel. „Dass eine Oppositionspartei die Regierung so deutlich zum Handeln zwingen kann, ist ein großer Erfolg und beweist einmal mehr: Die PIRATEN werden im Landtag gebraucht!“



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Regionenreise: Unterwegs

22. März 2017 – Am „nordöstlichsten Zipfel von Südwestfalen“, in Lippstadt, begann für das Landtagspräsidium eine vielfältige Informationsreise durch den Kreis Soest. Einen Tag lang waren Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke im Landkreis unterwegs, um sich in Gesprächen und Begegnungen vor Ort über aktuelle Themen und Entwicklungen zu informieren. Es war die letzte Regionenreise des Präsidiums in dieser Wahlperiode.



Im Rathaus von Lippstadt tauschte sich das Präsidium mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus.

Im Historischen Rathaus von Lippstadt hieß Bürgermeister Christof Sommer die Gäste aus dem Landesparlament willkommen. Im gemeinsamen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Ratsfraktionen ging es vor allem um Herausforderungen und Perspektiven der Flächenplanung und -entwicklung städtischer Strukturen im ländlichen Raum. So thematisierten die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker u. a. den aus ihrer Sicht hohen Stellenwert des Flughafens Paderborn-Lippstadt für den Wirtschaftsstandort und berichteten von einer großen Nachfrage nach zusätzlichem Wohnraum und Grundstücken, die die Stadt u. a. seit der Gründung der Fachhochschule Hamm-Lippstadt im Jahr 2009 erfahre.

Wachstum im ländlichen Raum

Ähnliche Themen spielten auch im Austausch mit Akteuren der Soester Kommunalpolitik eine Rolle, denn auch die Kreisstadt wächst. Die stellvertretende Bürgermeisterin Christiane Mackensen berichtete von einem großen Interesse der Menschen an weiteren Wohnflächen und Arbeitsplätzen – ein Beleg für die hohe Attraktivität der Stadt, die auf eine reiche Geschichte zurückblicken und auf ein vielfältiges und ansprechendes Kulturangebot stolz sein könne. Davon überzeugte sich das Präsidium im Burghofmuseum und im Museum Wilhelm Morgner, das 2016 nach umfangreichen Umbauarbeiten und gefördert durch Landesmittel wieder eröffnet wer-

Das Historische Rathaus von Lippstadt.
Fotos: Schälte



im Nordosten Südwestfalens



Auch in Soest trug sich das Präsidium in das Gästebuch der Stadt ein: (v.l.) die stellvertretende Bürgermeisterin Christiane Mackensen, Dr. Gerhard Papke, Carina Gödecke, Oliver Keymis und Eckhard Uhlenberg.

den konnte und den Ruf Soests als „Stadt der Kunst“ mit wechselnden Ausstellungen und der dauerhaften Präsentation der „Kunstsammlung Schroth“ eindrucksvoll prägt.

Dass der Kreis Soest auch wirtschaftlich stark ist, veranschaulichte eine Betriebsbesichtigung bei der Warsteiner Brauerei, einer der führenden deutschen Privatbrauereien. Die Geschäftsführende Gesellschafterin,

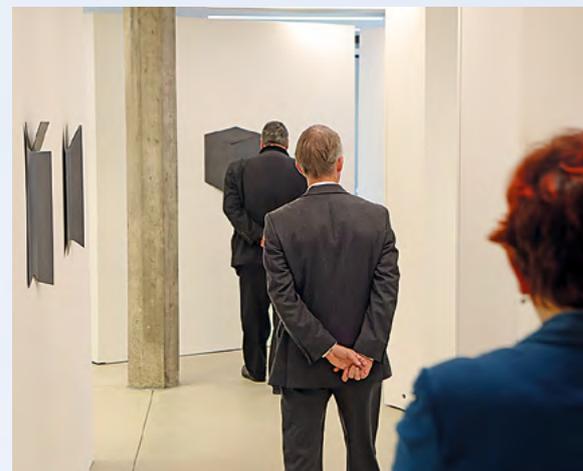
Catharina Cramer, und der Technische Geschäftsführer, Peter Himmelsbach, ermöglichten dem Landtagspräsidium Einblicke in die Produktionsabläufe der Brauerei, die weltweit rund 1.500 Mitarbeiter beschäftigt, 2015 einen Umsatz von mehr als 500 Millionen Euro erwirtschaftete und in Warstein auf einem Gelände produziert, das etwa 80 Fußballfelder umfasst.

Über den Alltag „hinter Schloss und Riegel“ informierte sich das Landtagspräsidium schließlich in der Justizvollzugsanstalt Werl. Anstaltsleiterin Maria Look berichtete in Anwesenheit von Bürgermeister Michael Grossmann von den Aufgaben der JVA sowohl im Strafvollzug als auch in der Sicherungsverwahrung, die das Land Nordrhein-Westfalen vollständig am Standort Werl realisiert. Bei einem Rundgang erhielt das Präsidium weitere Informationen zu den Abläufen in der Anstalt und die Gelegenheit, eine Gefangenzelle zu besichtigen. Eckhard Uhlenberg, 1. Landtagsvizepräsident, kennt die Anstalt seit vielen Jahren aus seiner Tätigkeit als JVA-Beiratsmitglied.

Uhlenberg war es auch, der das Präsidium zu diesem Tag in seine Heimatregion eingeladen hatte. Für ihn war es die letzte Informationsreise mit dem Präsidium, denn nach mehr als 30 Jahren im Parlament tritt er bei der Landtagswahl am 14. Mai nicht erneut an. Die Regionenreisen gehörten in der 16. Wahlperiode zu regelmäßigen Aktivitäten des Präsidiums. Halbjährlich besuchten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Vizepräsidenten Regionen Nordrhein-Westfalens, um sich vor Ort über aktuelle Themen zu informieren. „Diese Besuche haben uns immer wieder eindrucksvoll vor Augen führen können, wie vielfältig NRW ist und wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen vor Ort für das Umsetzen politischer Vorgaben aus Düsseldorf sind“, blickte die Präsidentin zurück. *Sebastian Wuwer*



Die Flaschenabfüllung in der Warsteiner Brauerei.



Besuch im Museum Wilhelm Morgner in Soest.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Freiheit für Geiseltäter?

22.3.2017 – Der Rechtsausschuss hat sich von der Landesregierung über eine mögliche Freilassung des Geiseltäters Dieter Degowski informieren lassen. Gemeinsam mit Hans-Jürgen Rösner hatte Degowski im August 1988 in Gladbeck eine Filiale der Deutschen Bank überfallen und Geiseln genommen. Während der Flucht stieß eine Komplizin dazu. Drei Tage lang irrte das Trio mit seinen Geiseln durch Deutschland und die Niederlande, kaperte in Bremen einen Linienbus, gab Journalisten vorlaufenden Kameras Interviews. Degowski erschoss im Bus einen 15-jährigen Jungen, beim Zugriff der Polizei starb eine 18-jährige Geisel durch eine Kugel aus Rösners Waffe. Ein Polizist kam während der Verfolgung bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Das Verbrechen ging als „Gladbecker Geiseldrama“ in die Kriminalgeschichte ein. Degowski wurde im März 1991 vom Landgericht Essen zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Dezember 2001 hatte das Landgericht Arnsberg die besondere Schwere der Schuld festgestellt und bestimmt, dass er mindestens 24 Jahre lang in Haft bleiben muss. „Mit Schreiben vom 24. November 2016 beantragte die Verteidigerin des Verurteilten, den Rest der lebenslangen Freiheitsstrafe zur Bewährung auszusetzen“, hieß es im Bericht der Landesregierung. Die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Arnsberg habe mit Beschluss vom 9. März 2017 ein psychiatrisches Gutachten in Auftrag gegeben. Darin gehe es vor allem um die Frage, ob Degowski noch immer gefährlich sei. Die Erstellung des Gutachtens dauere voraussichtlich mehrere Monate.

Strecken für Lang-Lkw

23.3.2017 – Auf bestimmten Strecken in NRW sollen demnächst sogenannte Lang-Lkw mit bis zu 25 Metern Länge fahren dürfen. Das geht aus einem Bericht der Landesregierung an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr hervor. Drei genehmigte Strecken

hat das NRW-Verkehrsministerium dem Bericht zufolge jetzt an das Bundesverkehrsministerium gemeldet: von der Landesgrenze zu Niedersachsen über die A1, A3, A4, A61 bis zur Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz oder alternativ über die A1, A43, A2, A3, A52, A44, A52 und A61. Weitere Strecken verlaufen von der Landesgrenze zu Hessen über die A45 bis nach Meinerzhagen sowie von Oberhausen bis Lotte im Kreis Steinfurt. Die Anträge dafür haben dem Bericht zufolge Expeditionen und Transportunternehmen gestellt. Insgesamt lägen dem Ministerium 25 Anträge zur Prüfung vor. Im Ausschuss lobte **Christof Rasche** (FDP), dass jetzt konkrete Vorschläge vorlägen. Er hoffe, dass die weiteren Anträge schnell bearbeitet würden. „Riesen-Lkw werden faktisch in NRW eingeführt“, stellte **Oliver Bayer** (PIRATEN) fest. Lang-Lkw seien aber nicht innovativ, sondern würden Innovationen verhindern. **Klaus Voussem** (CDU) sagte, man habe in NRW endlich erkannt, dass Lang-Lkw nicht um NRW herum fahren könnten, sondern dass es auch hier Regelverkehr geben müsse. Für **Arndt Klocke** (GRÜNE) sind „Sicherheitsargumente weiter aktuell“. Und er fragte, wie die Bürgerinnen und Bürger in der Nähe der genehmigten Strecken informiert würden. Verkehrsminister **Michael Groschek** (SPD), sagte, die Landesregierung sehe in Lang-Lkw „kein Patentrezept zur Lösung der Güterverkehrsprobleme“. Es sei das Ziel, mehr Güter auf die Schiene zu bekommen. Der Lang-Lkw sei nicht der einzige „Last-Esel für den Güterverkehr“.

Bericht aus Malta

24.3.2017 – Der Botschafter der Republik Malta in Deutschland, Albert Friggieri, hat den Landtag über die EU-Ratspräsidentschaft seines Landes informiert. Im Ausschuss für Europa und Eine Welt berichtete Friggieri über die Vorhaben seines Landes in dieser Zeit. Malta hat den Vorsitz im Rat der Europäischen Union seit Anfang des Jahres und noch bis 30. Juni 2017 inne. Wichtige Ziele sind nach Angaben des Europäischen Rates, das Vertrauen in die EU wiederher-

zustellen, die Notwendigkeit eines Dialogs und der Reflexion über die Zukunft der EU sowie Themen im Zusammenhang mit der Migration, der Sicherheit und der Wirtschaft. Vor Beginn der Ausschusssitzung hatte der Vorsitzende des Gremiums, Frank Herrmann, den Botschafter und den Honorarkonsul der Republik Malta in Düsseldorf, Prof. Dr. Jürgen Wettke, im Empfangsraum des Landtags begrüßt. Friggieri trug sich dort in das Gästebuch des Landtags ein.

Sportereignisse in NRW

28.3.2017 – In den kommenden Monaten stehen einige sportliche Großereignisse an: Nach der Eishockey-WM in Köln im Mai beginnt wenig später die Tischtennis-WM in Düsseldorf. Am 1. Juli 2017 startet dann die Tour de France in Düsseldorf. Die Ausrichter der Sportereignisse haben dem Sportausschuss des Landtags jetzt die Pläne und die Bedeutung für Nordrhein-Westfalen erläutert. Franz Reindl, Präsident des deutschen Eishockey-Bundes, bedankte sich beim Land NRW für die Begleitung bei der Bewerbung um die Ausrichtung der WM. Sie findet vom 5. bis 21. Mai 2017 in Köln und Paris statt und ist laut Reindl „die größte jährliche Wintersportveranstaltung der Welt“. Er erwartet mehr als 600.000 Zuschauerinnen und Zuschauer an beiden Spielorten. Große Strahlkraft für Düsseldorf und NRW habe die Tischtennis-WM vom 29. Mai bis 5. Juni 2017, sagte Matthias Vatheuer, Generalsekretär des Deutschen Tischtennis Bundes. Er erwartet 55.000 Zuschauer in der Messehalle in Düsseldorf. Die vergangene WM hätten 190 Millionen Menschen, vor allem in Asien, im Fernsehen verfolgt. Die Region Düsseldorf ist auch beim Start der Tour de France beteiligt. Nach dem Einzelzeitfahren am 1. Juli am Düsseldorfer Rheinufer verläuft die erste Etappe der Tour am 2. Juli von Düsseldorf aus über Erkrath, Mettmann, Meerbusch, Neuss, Mönchengladbach und Aachen nach Belgien. Die 22 Teams und 198 Fahrer würden in Düsseldorf präsentiert und es gebe ein großes Rahmenprogramm, sagte der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel.

Debattenkultur

Die Kraft der Argumente füllte den Plenarsaal des Landtags, als sich am 29. März 2017 beim NRW-Landesfinale von „Jugend debattiert“ die acht Rednerinnen und Redner in Wort und Widerwort gegenüberstanden. Das Besondere dabei: Sie vertraten Positionen, die ihnen kurz vorher zugelost worden waren. Thematisch ging es um zwei Fragen. Sollen in Großstädten nur noch Elektrofahrzeuge als Neuwagen zugelassen werden? – Dies diskutierten vier Schülerinnen und Schüler aus den Klassen 8 bis 10. Die Älteren, Jugendliche aus den Klassen 10 bis 13, debattierten darüber, ob an NRW-Schulen Spezialklassen für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schüler eingeführt werden sollen. Beim Landesfinale im Plenarsaal hatten die Rednerinnen und Redner pro Gesprächsthema insgesamt 24 Minuten Zeit, um den eigenen Standpunkt zu vertreten, zu diskutieren und ein Schlussstatement zu halten. Gewonnen haben Lukas Roth aus Leverkusen und Veronika Stockem aus Aachen.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke sagte zur Begrüßung im Plenarsaal: „Das hier ist das Herzstück der parlamentarischen Demokratie und da gehört ein solches Finale auch hin.“ Die Debattenqualität des Wettbewerbs suche ihresgleichen, lobte Gödecke und freute sich auf „die hohe Kunst des verbalen Floretts“.



Moderierte den Wettbewerb: Journalistin Judith Schulte-Loh.

Rund 44.500 Schülerinnen und Schüler von über 200 Schulen hatten sich in NRW an „Jugend debattiert“ beteiligt. Wettbewerbe fanden zuvor bereits auf Schul- und Regionalebene statt. Die beiden Debattensieger und die jeweils Zweitplatzierten (Jonas Ghafur aus Köln und Andreas Plum aus Geilenkirchen) vertreten NRW bei der Qualifikation zur Bundesebene in Berlin. Dort werden sich am 17. Juni 2017 die acht besten Debattanten aus ganz Deutschland im Bundesfinale gegenüberstehen.

Als Preis für ihren Erfolg beim Landesfinale erhalten alle vier Siegerinnen und Sieger ein fünf-tägiges intensives Rhetorik-Training, das sie gemeinsam mit den Siegern der anderen Länder auf die Bundesebene des Wettbewerbs vorbereitet. *sow*

Porträt: Ingola Schmitz (FDP)

Mit dem ungewöhnlichen Vornamen Ingola tat sich sogar der Pastor schwer, wollte die Taufe verweigern und lenkte erst ein, weil der zweite Vorname Stefanie lautet. Jahre später fand die heutige FDP-Landtagsabgeordnete Ingola Stefanie Schmitz heraus, dass sie nach der besten Freundin ihrer Mutter benannt worden war und dass es sich bei Ingola wahrscheinlich um eine aus dem Osten Deutschlands stammende Form von Angela handelt.

Ebenso ungewöhnlich wie der Vorname war der Weg, auf dem die heute 54-jährige Lehrerin in die Politik gefunden hat. Bis Ende des vorigen Jahrzehnts war sie mit ihrem Beruf ausgefüllt, in ihrem Berufsleben hatte sie an nahezu allen Schulformen unterrichtet, von der Hauptschule über das Berufskolleg bis zum Gymnasium, und kannte die sehr unterschiedliche Klientel. Zeit für politisches Engagement blieb da nicht, zumal sie noch Theater-AGs leitete und regelmäßig Wochenendworkshops veranstaltete. Doch weil sie mit der allgemeinen Situation an den Schulen zunehmend haderte, begann sie eines Tages, selbst eine Art schulpolitisches Konzept zu entwickeln mit der Grundidee, an den Schulen einen eher berufsorientierten Zweig zu etablieren und einen eher theoretisch-allgemeinbildenden. Damit ihr Konzept auch von den politisch Handelnden zur Kenntnis genommen werden konnte, beschloss Ingola Schmitz, sich selbst politisch zu engagieren, studierte die politischen Programme der vier damals im Landtag vertretenen Parteien und fühlte sich von der Programmatik der Freien Demokraten am ehesten angesprochen.

Ortsverband gegründet

Der Eintritt in die FDP war dann etwas mühsam, denn in ihrem Heimatort Nörvenich am Nordrand der Eifel war die Partei gar nicht vertreten. So fuhr sie in die Kreisstadt Düren, wurde Parteimitglied und gründete kurz danach mit einigen Freunden einen Ortsverband Nörvenich, der sich nach und nach vergrößert hat. Schon nach dreijähriger Mitgliedschaft eröffnete sich ihr die Chance, bei den Landtagswahlen 2012 im Bezirk Aachen zu kandidieren. Der bisherige FDP-Kandidat sah keine großen Erfolgchancen und zog es vor, statt in den Wahlkampf mit seiner frisch vermählten Ehefrau in die Flitterwochen zu ziehen. Ingola Schmitz wagte den Sprung ins kalte Wasser und wurde prompt belohnt. Am Wahltag flüsterte ihr der Landrat schon kurz nach 18 Uhr zu: „Frau Schmitz, Sie haben es geschafft!“ Die FDP-Liste hatte bis Platz 22 gezogen, die Lehrerin aus Nörvenich hatte auf Platz 19 kandidiert und war damit im ersten Anlauf ins Landesparlament gewählt worden.



In Düsseldorf beschäftigt sich Ingola Schmitz mit dem Thema, das ihr zur Herzensangelegenheit geworden ist. Zwar sorgte die Bildungspolitik in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode nicht für so viele Schlagzeilen wie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor, aber zu tun gibt es nach ihrer Ansicht noch genug. „Schließlich sind die jungen Menschen die Zukunft unseres Landes und sollen die Grundlage für den Wohlstand der Gesellschaft schaffen“, ist sie überzeugt. Handlungsbedarf sieht sie bei den neu geschaffenen Sekundarschulen, die von den Eltern kaum nachgefragt würden, bei der Sicherstellung einer ausreichenden Unterrichtsversorgung und bei der Planungssicherheit für Schulleiter. Bei dem zuletzt wieder heiß diskutierten Thema, ob das Gymnasium in acht oder wie früher in neun Jahren zum Abitur führen soll, plädiert die im Hunsrück geborene Politikerin für eine Lösung wie in Rheinland-Pfalz: Dort können die Schulen selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen.

Politisch weit weniger umstritten ist ihr zweites Arbeitsfeld, die Kulturpolitik. Hier ziehen die Kulturpolitiker aller Fraktionen oft an einem Strang und drängen das Land, in der Kultur stärker Flagge zu zeigen. Da geht es um klarere Regelungen im Kulturfördergesetz des Landes, die auch von allen Betroffenen verstanden werden, um eine Stärkung der kulturellen Bildung an den Schulen und insbesondere an den Berufskollegs oder um die Unterstützung der Landesmuseen und anderer kultureller Einrichtungen.

Von der Landtagswahl am 14. Mai erhofft sich Ingola Schmitz natürlich ein gutes Ergebnis für ihre Partei, das ihr die Rückkehr an die Landesregierung ermöglicht. Sie kann sich dann auch gut eine Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und der FDP vorstellen. „Ich halte nichts davon, Regierungsbündnisse mit den anderen Parteien von vornherein auszuschließen.“ *Peter Jansen*

Kurz notiert

Parlament und Wochenende

Noch keine Pläne für das Wochenende? Wer mehr über die Funktionen des Landtags und die Arbeit der Abgeordneten erfahren möchte, dem steht samstags und sonntags das Besucherzentrum des Landesparlaments offen. Auf einer 240-Grad-Panorama-Leinwand erhalten Interessierte Informationen zum Land, zu Plenar- und Ausschusssitzungen oder können die exemplarische Arbeitswoche von Abgeordneten planen. An den Wochenenden kann das Parlamentsgebäude zudem auf eigene Faust erkundet werden. Geschlossen sind Landtag und Besucherzentrum am Osterwochenende, 15. und 16. April 2017, sowie am Wochenende der Landtagswahl, 13. und 14. Mai 2017. Mehr Informationen finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Landtag und Luther



Mit einer Theateraufführung in der Bürgerhalle hat der Landtag am 28. März 2017 seine Veranstaltungsreihe zum Lutherjahr fortgesetzt. In dem Stück „Ich fürchte nichts ...“ versetzte das Ensemble des „N.N.Theaters/Neue Volksbühne Köln“ die Zuschauer in das Jahr 1517 zurück – dem Jahr, in dem die Reformation ihren Anfang nahm. Zu dem Theaterabend hatte der Landtag gemeinsam mit dem Beauftragten der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung eingeladen. Bereits im vergangenen November hatte es eine Lesung gegeben. Am 17. Oktober dieses Jahres wird der Landtag dann gemeinsam mit den Evangelischen Landeskirchen das Jubiläum mit einem Festakt begehen. Bis Ende Oktober 2017 wird mit zahlreichen Veranstaltungen in ganz Deutschland an die Veröffentlichung der 95 Thesen Martin Luthers am 31. Oktober 1517 in Wittenberg erinnert. Der Thesenanschlag an die Schlosskirche gilt als Auftakt der Reformation.

Besuch in Mainz

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat Ende März das Landesparlament von Rheinland-Pfalz besucht. Dort wurde sie von ihrem Amtskollegen Hendrik Hering empfangen. Gödecke und Hering setzten ihren Austausch zu aktuellen Fragen der Parlamentsorganisation fort, den sie Anfang Dezember vergangenen Jahres im Landtag NRW begonnen hatten. Damals hatte die Präsidentin ihren Amtskollegen zu dessen Antrittsbesuch empfangen.



Kunst und Politik

Rund 2.800 Besucherinnen und Besucher haben in diesem Jahr in der Düsseldorfer „Nacht der Museen“ den Landtag besucht. Im Plenarsaal fanden stündlich Vorträge über die Geschichte des Landtags am Rhein und seine Funktionen und Aufgaben statt. Auf großes Interesse stießen zudem das multimediale Besucherzentrum, die Kunstwerke des Landtags und die Sonderausstellungen. Mehr als 460 Interessierte kamen allein in das „Haus der Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion unweit des Landtagsgebäudes, das erst im Herbst vergangenen Jahres eröffnet worden war. Der Besucherdienst des Landtags führte die Gäste in 70 Jahre Geschichte des Landesparlaments von den Nachkriegsjahren bis in die Jetztzeit ein.

Foto: Zanin